

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/63

Bonn, den 2. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Deutsche Ostpolitik mit Ericks ? 98

Von G. Markscheffel

3 "... und der Minister hat gelogen" 34

Gemeint ist Bundesinnenminister Höcherl

4 - 5 Blockfreie Staaten vor neuer Marktalkonferenz 72

Wettlauf um den Vorrang

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

5 Am Rande der Welthandelskonferenz 20

Westliche Konkurrenzkämpfe hinter den Kulissen

***** ZUR BEACHTUNG *****

Stephan G. Thomas, Leiter des Ostbüros beim Parteivorstand der SED, hat kürzlich im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Seminarvorträge in mehreren lateinamerikanischen Staaten über allgemeine Ost-Westprobleme gehalten. Wir veröffentlichen in der Freitag-Ausgabe (3.4.1964) des SPD-PRESSEDIENSTES eine Artikelserie

Lateinamerikanische Notizen

Stephan G. Thomas schildert seine in Costa Rica, Guatemala und Chile während der Vortragsreise gewonnenen Eindrücke, sowie seine in zahlreichen Gesprächen mit Seminarteilnehmern gemachten Beobachtungen. Die Redaktion

Chefredakteur Günter Markscheffel

Deutsche Ostpolitik mit Tricks ?

Von G. Markscheffel

Seit einigen Wochen wird in deutschen Zeitungen über "Deutsche Ostpolitik" so geschrieben, als gehe es hierbei um ein taktisches Manöver, das mit dem Ziel eingeleitet wurde, unsere östlichen Nachbarn gegeneinander auszuspielen. Auch Reden werden in diesem Sinne gehalten. Gemeint ist vor allem die Errichtung von Handelemissionen in Warschau, Prag, Budapest und Bukarest. Vor kurzem wurde in einem bestimmten Kreis des Bonner Auswärtigen Amtes sogar die Frage diskutiert, ob es nicht zweckmässig und der deutschen Position gegenüber Moskau dienlich wäre, wenn Bonn ebenso wie de Gaulle in Peking an-klopfen würde. Pläne dieser Art wurden inzwischen zu den Akten gelegt; sie bleiben aber als "Arbeitspapiere" in der Hinterhand, zumal nicht unwichtige westdeutsche Industriekreise angesichts der Schwächung der EWG durch de Gaulle immer häufiger von einem östlichen "Äquivalent" sprechen.

Das alles geht etwas durcheinander, was nicht verwunderlich ist, weil bisher weder in der stärksten Regierungspartei noch im Kabinett der Regierung Erhard eine klare Definition des Begriffs "Deutsche Ostpolitik" erzielt werden konnte. Trotzdem wäre auch diese Episode zu überstehen, wenn man nicht den Fehler begehen würde, das Wenige an deutscher Ostpolitik, das heute sichtbar ist, für taktische Manöver zu halten und es sogar als solche zu deklarieren.

* * *

Was soll so ein infantiles Spiel? Gewiss, die kommunistisch regierten Staaten bilden heute längst nicht mehr den gleichen scheinbar monolithischen Block wie vor etwa zehn Jahren. Auch im östlichen Bereich haben sich Differenzierungen und offene Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Die nationalen Interessen der einzelnen östlichen Staaten treten heute sichtbarer denn je in Erscheinung, und daß "der Sozialismus in jedem Land seinen eigenen Weg" gehen könne und unser gewissen Umständen sogar gehen *m ü s s e*, wird heute weder in Moskau noch in Warschau oder Prag in Abrede gestellt. Im Übrigen spielt sich im westlichen Bereich ähnliches ab. Mit Mühe und Not konnte erreicht werden, daß sich in jüngerer Zeit nicht sogar zwei NATO-Partner gegenseitig Krieg erklärten. De Gaulles Alleingänge, der Mangel an tatsächlicher Koordination, vor allem großer wirtschaftlicher Vorhaben, runden das Bild einer nicht mehr nur auf der Basis von zwei gewaltigen Militärblöcken sich notdürftig im Gleichgewicht haltenden Welt ab. - In einer solchen Situation auch nur zu versuchen, deutsche Ostpolitik mit Hintergedanken zu entwickeln, müßte schlimme Auswirkungen haben; für die Bundesrepublik und für die Deutschen jenseits der Elbe.

Gerade jetzt ist es notwendiger denn je, bewährte Bündnisse zu festigen. Dazu gehören gleichermaßen die EWG wie das atlantische Verteidigungsbündnis. Nur von *d i e s e r* Plattform her kann deutsche Ostpolitik wirksam im Sinne unserer nationalen *u n d* internationalen Interessen sein.

* * *

Was ist aber "Deutsche Ostpolitik"? - Im Juni 1961 hat der Bundestag *e i n s t i m m i g* den "Jaksch-Bericht" als die Grundlage unse-

rer Ostpolitik gebilligt. Darin wird u.a. zum Ausdruck gebracht, die Bundesrepublik strebe ehrlich die Freundschaft auch zu den östlichen Völkern an, nachdem es gelungen sei, ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschlands westlichen Nachbarn zu begründen. Im "Jaksch-Bericht" wird ferner erklärt, das deutsche Volk sei zu Opfern bereit, die im Blick auf einen späteren Friedensvertrag keine Schmälerung seiner nationalen Interessen darstellen.

Von dieser **e i n s t i m m i g** von Bundestag gebilligten Grundsatzerklärung ausgehend, wurden nach 1961 die ersten praktischen Schritte zur Errichtung von Handelsmissionen in mehreren Ostblockstaaten eingeleitet. Ob Pankow dagegen in Moskau protestiert hat, weil es befürchtet, isoliert zu werden, wird zwar vermutet, ist aber nicht sicher. Dagegen ist sicher, daß alle diese folgerichtig eingeleiteten Schritte zur Aktivierung der deutschen Ostpolitik sofort wieder zunichte gemacht werden, wenn man nicht endlich deutlich macht, daß unsere Bemühungen, fast 20 Jahre nach Kriegsende auch zu den osteuropäischen Völkern in ein freundschaftliches Verhältnis zu gelangen, wirklich ehrlich sind.

* * *

Man gibt es Politiker - bei uns u n d in den osteuropäischen Staaten - die diese Überlegungen mit den Worten abtun: Hat ja doch alles keinen Sinn! Verständlich mag solches Verhalten nach den vielen Erfahrungen sein, die mit kommunistisch regierten Staaten gemacht wurden. Und doch: Der Verfasser dieser Zeilen erhielt seine erste "politische Charfeige", als er einmal nach dem ersten Weltkrieg seinem Gesangelehrer die für damalige Verhältnisse ungewöhnliche Frage stellte, warum er das Lied lernen solle: "Siogreich woll'n wir Frankreich schlagen!" ... Als nach dem zweiten Weltkrieg in Frankreich die Gaullisten und Kommunisten mit vereinter Kraft und großem Getöse forderten, man müsse Deutschland aufteilen, seine Industrien demontieren, die Wälder abholzen und das deutsche Volk zur Kollektivschuld verurteilen, glaubte er kaum an die baldige Freundschaft zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.

Gewiß, die jetzige Freundschaft ist zum Teil das Ergebnis des nach dem Kriege entstandenen Ost-West-Gegensatzes; sie entspricht aber auch der diesseits und jenseits des Rheins gewonnenen Einsicht, daß Europa ohne diese Freundschaft nicht als Europa im besten Sinne des Wortes werden kann.

* * *

Übertragen auf unsere Bemühungen in Richtung auf den Osten Europas bedeutet dies alles, daß wir heute **w e i t e r** sehen müssen, als auf die im Vergangenen entstandenen und in der Gegenwart immer wieder genährten "Urteile", - über die Grenzen ideologischer und nationaler Begrenztheit hinweg sind neue Bündnisconstellationen im Werden. Die jungen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind im Begriff, das Rad der Geschichte mitzudrehen. Alte traditionelle Großmächte verbünden sich mit ihnen, gewaltige Völkermassen melden ihren Anspruch an, mitzureden, mitzugestalten und mitzubestimmen. - Vor 100 Jahren mag es möglich gewesen sein, mit kleinkariertem und schlauer "Diplomatie" neue Entwicklungen vorübergehend zu hemmen, aber auch das nur mit Millionen Toten, die in den Massengräbern noch zu Beginn dieses Jahrhunderts die Opfer einer verfehlten Politik wurden. Heute diktiert das Gleichgewicht des großen Schreckens die große Politik und die Bereitschaft der Völker, sich nicht selbst aufzugeben. Wir können diese Bereitschaft zur Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes jedermann kundtun als eine selbstverständliche Aufgabe, die wir unserer Selbstachtung schuldig sind. Das wird verstanden, auch dort, wo eine andere Sprache gesprochen wird und wo andere Vorstellungen als die unseren von der Ordnung der Welt heute noch gültig sein mögen.

Gleichzeitig sollte die offizielle deutsche Politik aber auch endlich aufhören, so zu tun, als könnte unser nationales Ziel - die Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Freiheit und Frieden - mit kleinen Tricks und dem Versuch des Ausspielens des einen unserer Nachbarn gegen den anderen errächt werden. Wer Freundschaft anstrebt, wird sie nur erreichen, wenn er offen und ehrlich handelt.

"... und der Minister hat gelogen"

Gemeint ist Bundesinnenminister Höcherl

sy - Der Chefredakteur der illustrierten STERN, Henri
W a n n e n, hat in der Ausgabe der von ihm geleiteten Zeitung, die
in dieser Woche überall in Deutschland und im Ausland zu kaufen ist,
zur Telefon-Affäre Stellung genommen. Wannan erinnert daran, daß
Bundesinnenminister Hermann Höcherl auf die vor sechs Monaten im
STERN gestellte Frage, ob es illegale Abhöraktionen gäbe, negativ
geantwortet habe. Desweiteren verweist Wannan auf den inzwischen
veröffentlichten Bericht des Untersuchungsausschusses des Bundes-
tages, in dem das Vorhandensein von Abhöraktionen bestätigt wird.

Wannan macht sich - wie er schreibt - keine Illusionen darüber,
daß aus den unterschiedlichen Bescheiden heute noch Konsequenzen ge-
zogen werden könnten, fährt aber wörtlich fort:

- * "Dennoch sollten wir uns einen Augenblick darüber klar wer- *
- * den, was das heißt: ein Journalist stellte Fragen und ein *
- * Minister antwortet, aber die Antwort ist eine L ü g e . *

- * Und nichts geschieht. Nichts, als daß ein parlamentari- *
- * scher Untersuchungsausschuß noch einmal bestätigt: ja, so *
- * ist es, der Journalist hat zu Recht eine Frage gestellt, *
- * und der Minister hat g e l o g e n."

Es ist anzunehmen, daß Herr Wannan diese Formulierungen bewußt
gewählt hat, um den Bundesinnenminister zu seiner Reaktion zu veran-
lassen. Unseres Wissen ist bis zum Augenblick der Veröffentlichung
dieser Zeilen nichts dergleichen geschehen.

Hieraus ergibt sich folgender Tatbestand: Der Chefredakteur
einer der größten deutschen illustrierten Zeitschriften schreibt
"der Minister hat gelogen". Der Minister aber schweigt, und läßt
- mindestens zunächst noch - diesen Vorwurf auf sich sitzen.

Im Interesse des Ansehens, das ein so hohes Amt wie das eines
Bundesinnenministers genießen sollte, wäre zu wünschen, daß der
Minister möglichst bald versucht, den gegen ihn erhobenen Vorwurf
zurückzuweisen.

Es wäre unerträglich, würde man sagen müssen, die Bundesrepu-
blik habe einen Minister, der den Vorwurf, er l ü g e , wie Re-
gentropfen an einer Ölhaut an sich ablaufen läßt.

Blockfreie Staaten vor neuer Mammutkonferenz

Wettlauf um den Vorrang

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Die Weichen für eine neue Konferenz der blockfreien Länder sind in der zeylonesischen Hauptstadt Colombo endgültig gestellt worden. 23 Länder, die sich durch ihre Beobachter vertreten ließen, haben Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung einer zweiten Konferenz nach Belgrader Vorbild von 1961 bestimmt. In der ersten Oktoberwoche wird sich Kairo in dem politischen Glanze sonnen, Bühne eines noch größeren Spektakels zu sein, als es Belgrad im September 1961 der Welt vorgeführt hat. Waren damals in der jugoslawischen Hauptstadt 25 Staaten vertreten, soll 1964 die Liste um rund 40 neue, insbesondere afrikanische Länder, erweitert werden.

Wer ist nicht "blockgebunden"?

In dem Bemühen, die blockgebundene Welt durch eine größtmögliche Zahl zu beeindrucken, sind auch diesmal die Kriterien der Blockfreiheit nicht präzise - zumindest für die Öffentlichkeit - definiert worden. Vielmehr haben sich im Falle Lateinamerikas die Konferenzinitiatoren offensichtlich davon leiten lassen, nur solche Staaten einzuladen, deren politische Orientierung keine wesentlichen Hindernisse für den Konferenzablauf befürchten läßt (Brasilien, Uruguay, Chile, Mexiko, Bolivien, Argentinien und Kuba). Da jedoch selbst von diesen Staaten - nicht zuletzt infolge der Anwesenheit Kubas - sowie auch von den europäischen Neutralen Finnland, Schweden und Österreich - auf die Schweiz hat man gleichfalls von vornherein verzichtet - die Teilnahme nicht unbedingt erwartet werden kann, sollen diplomatische Sondierungen der offiziellen Einladung noch vorausgehen.

Auch Thema "geteilte Länder" auf der Tagesordnung

Die Teilnehmer der Belgrader Konferenz haben sich das Vorrecht genommen, in Colombo bereits eine Tagesordnung für die Hauptkonferenz zu entwerfen. Folgende vier Hauptpunkte sind vorgesehen: 1) Allgemeine Diskussion der internationalen Lage; 2) Erhaltung des Friedens und der Sicherheit und Unterstützung der positiven Entwicklungen in der internationalen Politik (hierunter sind viele konkrete Einzelpunkte vorgesehen, so u.a. auch das Problem der geteilten Länder); 3) Ökonomische Probleme; 4) Verschiedenes.

Diese Tagesordnung läßt sicherlich präzise Problemerkörterungen zu, dürfte jedoch infolge der politisch-gesellschaftlichen Vielfalt der Teilnehmerstaaten eher zu verallgemeinernden Deklarationsübungen führen, die für alle Teilnehmer akzeptabel sind. Das besagt nicht, daß echte Auseinandersetzungen nicht zu erwarten sind. Insbesondere die ausdrücklich als Sonderpunkt genannte Frage der geteilten Länder sollte im Lichte der schlechten deutsch-jugoslawischen Beziehungen die Bonner Regierung zu erhöhter Aufmerksamkeit veranlassen.

Washington und Moskau abwartend

Im allgemeinen dürfte jedoch die Konferenz für die sich 1964 etwas entspannter als vor drei Jahren gegenüberstehenden Weltblöcke weniger gefährlich sein. Die wachsende Zahl der Länder, die ihre reservier-

te Position außerhalb der Washington-Moskauer Polarität demonstrieren wollen, wird sowohl die USA als auch die Sowjetunion danach trachten lassen, mit den Konferenzakteuren nichts unnütz zu verderben. Aus Moskau hört man bereits - im Gegensatz zu 1961 - erste, wenngleich noch inoffizielle Zustimmung und Lobpreisungen für eine zweite Konferenz der Blockfreien. Der Westen reagierte vorläufig noch nicht; Schwierigkeiten sind aus dieser Richtung jedoch vorerst kaum zu erwarten.

Test für Einfluß Pekings

Somit bleibt eines der Hauptprobleme in den sich differenzierenden Ansichten der Blockfreien Länder selbst. Sogar die auf eine äußerliche Solidarität bedachten Darstellungen konnten nicht verhindern, daß einer der Initiatoren der Belgrader Konferenz von 1961, Indonesien, heute erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Im Wettlauf um eine zuerst abzuhaltende Konferenz der Blockfreien bzw. eine Konferenz der afro-asiatischen Länder nach dem Vorbild von Bandung hat sich Indonesien recht eindeutig auf die Seite Chinas geschlagen, das eine afro-asiatische Konferenz befürwortet. Nicht nur in der indonesischen KP-Presse, sondern selbst in offiziellen Kreisen Djakartas sind die Rufe nach einer zweiten Bandung-Konferenz sehr laut, die, in Indonesien abgehalten, dem Land Sukarnos selbstverständlich einen größeren politischen Prestigegewinn einbringen würde. Am 10. April soll in Indonesien ein Vorbereitungstreffen für eine neue Konferenz der afro-asiatischen Staaten beginnen. Dabei dürfte sich erweisen, welcher Einfluß China tatsächlich hat. Sollte er größer sein als man gegenwärtig annehmen darf, müßte man damit rechnen, daß eine zweite Bandung-Konferenz noch vor Oktober, dem Termin der zweiten Konferenz der blockfreien Länder, einberufen wird.

Am Rande der Welthandelskonferenz

Konkurrenzkämpfe hinter den Kulissen

sp - Schon nach den ersten Tagen der großen Welthandelskonferenz der UNO in Genf, an der die Vertreter von 123 Staaten teilnahmen, zeigt sich sehr deutlich, daß die großen Industriestaaten der Welt kein gemeinsames Konzept ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber den Entwicklungsländern haben. Der schon seit Jahren beklagte Mangel an Koordination, vor allem westlicher Entwicklungspläne, führt hinter den Kulissen der Genfer Konferenz zu Konkurrenzkämpfen, an denen sich nicht nur Vertreter einzelner Staaten beteiligen, sondern auch die Vertreter großer Industriefirmen, die über die staatlichen Interessen hinweg versuchen, sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Es wird sogar berichtet, am Rande der Konferenz lieferten sich Vertreter großer Industriefirmen Englands, Frankreichs, der USA und der Bundesrepublik untereinander heftige Kämpfe um Kreditvereinbarungen, Lieferungsfristen und Bürgschaften. Daß hierbei die Weltblockstaaten mit ihren straff organisierten Handelsmonopolen ein günstiges Feld für Infiltrationsmanöver haben, ist selbstverständlich. Die Vertreter der Entwicklungsländer selbst verfolgen mit großer Aufmerksamkeit diesen horizontalen und vertikalen Konkurrenzkampf der Industrieländer und Industriefirmen mit dem Ziel, aus ihm Sondervorteile zu ziehen.